Antrag an die Mitgliederversammlung von DIE LINKE.Neukölln am 25.10.2021

Änderungsantrag

Ergänzungsantrag an den Antrag 1 **»DIE LINKE. Neukölln und das Superwahljahr 2021: Viel Licht, aber auch Schatten«**

Einreicher: Yaak Pabst

**DIE LINKE.Neukölln möge beschließen:**

»DIE LINKE.Neukölln nimmt dieses Vorschlagsrecht für einen Stadtratsposten im Bezirk nicht wahr und verbindet die Absage mit einer Stellungnahme gegen das amtierende Bezirksamt aus SPD, CDU, Grünen und freien Wähler:innen.«

Dieser Satz wird eingefügt nach: »Außerdem erhält DIE LINKE. Neukölln erstmals in ihrer Geschichte das Vorschlagsrecht für einen Stadtratsposten.«

**Begründung:**

Wir haben die Frage des Stadtratsposten an unterschiedlichen Stellen in der Partei diskutiert. Allerdings sind wir in der jetzigen Legislatur zum ersten Mal mit dieser Frage konkret konfrontiert. Die Mitglieder des Bezirksverbandes Neukölln sollten bevor über das »Wer macht’s« abgestimmt wird, die Möglichkeit bekommen auch über das »Ob überhaupt« zu entscheiden.

In unseren [Leitlinien der kommunalpolitischen Arbeit](https://www.die-linke-neukoelln.de/fileadmin/neukoelln/mvv/21_06_21/Beschluss_Kommunalpolitische_Leitlinien.pdf) haben wir beschlossen: »DIE LINKE beteiligt sich prinzipiell nicht an Sozialabbau und Stellenabbau im Öffentlichen Dienst. Wenn uns ein Ressort angetragen werden sollte, bei dem absehbar ist, dass wir in Mitverantwortung für Kürzungen und Austeritätspolitik genommen werden sollen, behalten wir uns vor, unser Vorschlagsrecht nicht wahrzunehmen und die Position des Stadtrates vakant zu lassen.«

Angesichts der politischen Lage und der derzeitigen Kräfteverhältnisse sollte die LINKE.Neukölln das Vorschlagsrecht für einen Stadtratsposten nicht wahrnehmen. Auch wenn die LINKE bei den BVV-Wahlen zulegen konnte: Die Mehrheitsverhältnisse im Bezirk haben sich kaum geändert. SPD, Grüne und CDU stellen die größten Fraktionen dar und werden dementsprechend die Bezirksratsposten besetzen. Wir können im Bezirksamt keinen »Pol der Solidarität« aufzubauen. Auf kommunaler Ebene sind der Linken die Hände gebunden. Das Bezirksamt in Berlin ist dazu ein spezialgelagerter Sonderfall. Es stellt die politische Führung des Bezirks dar. Jeder und jede die dort mitwirkt, macht dies gemeinsam mit an anderen Bezirksstadträten von CDU, SPD und GRÜNEN. DIE LINKE ist damit mitverantwortlich für die miserable Situation in Neukölln – von Finanzen bis zu Umwelt. Wie sollen wir dort ein oppositionelles Handeln sichtbar machen? Wir können gar nicht so oft demonstrieren gehen und »Nein« sagen, wie im Bezirksamt schlechte Politik gemacht wird. Das Bezirksamt ist kein Ort emanzipatorischer Politik. Amtsinhaber Martin Hikel wird wieder Bürgermeister werden und wir werden ihm als Bezirksstadträt:innen unterstehen. Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet das Bezirksamt mit Mehrheit; bei Stimmengleichheit zählt die Stimme des Bezirksbürgermeisters doppelt. Es gibt so wenig Spielraum in diesem Verwaltungsapparat, stattdessen werden wir zurecht mitverantwortlich für die politischen Fehlentwicklungen im Bezirk gemacht werden. Die Bezirksamtsmitglieder werden nach ihrer Wahl zu Beamtinnen bzw. Beamten auf Zeit ernannt. Daraus folgt, dass für sie die beamtenrechtlichen Vorschriften grundsätzlich Anwendung finden. Bezirksamtsmitglieder werden zu hauptamtlichen Verwaltern des Systems, dass ist ein wichtiger Unterschied zu normalen parlamentarischen Abgeordneten. Auch die Stadträte sind an die Grenzen gebunden, die Bundes- und Landesgesetze und -finanzierung vorgeben. DIE LINKE gewinnt nichts durch einen Stadtratsposten. Wir sollten uns als LINKE nicht an dem »Proporzbezirksamt« beteiligen, sondern strikte Oppositionspolitik betreiben. Besonders in der Kommunalpolitik gilt: Entscheidend ist nicht wer regiert, sondern wer opponiert.

Wir sollten experimentieren, aber das Bezirksamt ist die falsche Kampfarena dafür. Wir sollten uns nicht von den guten Wahlergebnissen täuschen lassen. Unsere Parteistrukturen sind nicht stark ausgeprägt und wir haben wenig Verankerung innerhalb der Gewerkschaften. Wir können noch nicht Tausende Menschen zu einem x-beliebigen Thema mobilisieren. Niemand erwartet von Bewegungspartei mit 15 Prozent die Übernahme von »Regierungsverantwortung«. Wir haben immer klar gesagt: Unsere Durchsetzungsperspektive ist nicht die Regierung, sondern Selbstorganisierung. Darauf verlassen sich auch unsere Wähler:innen in Neukölln. Sie sind froh darüber, dass wir anders sind als die anderen Parteien. Die Zukunft der LINKEN liegt nicht im Bezirksamt, sondern an der Seite der Protestbewegungen gegen die herrschenden Verhältnisse im Hier und Jetzt. Die bisherigen Erfolge im Aufbau des Bezirksverbandes zeigen dies. Daran sollten wir festhalten.